

Ungeklärte Zukunft der Geisterhäuser: CDU kämpft um Berliner Wohnungen

Russische Medien verdrehen die Wahrheit über Putins Geisterhäuser in Berlin. Berlins CDU fordert EU-Sanktionen.

Berlin – Die Situation rund um die ungenutzten Immobilien in Karlshorst offenbart nicht nur eine städtebauliche Herausforderung, sondern wirft auch ein Licht auf die verhärteten deutsch-russischen Beziehungen. Die Berliner CDU-Abgeordnete Lilia Usik hat sich in diesem Zusammenhang an die EU gewandt, um mögliche Sanktionen zu diskutieren.

Der Verfall der Geisterhäuser

In Karlshorst stehen sie still und verlassen: Rund 100 Wohnungen, die einst Teil des russischen Militärgeländes waren, sind seit der Abzug der russischen Truppen im Jahr 1994 ungenutzt. Diese unbewohnten Gebäude sind zum Symbol des Verfalls geworden und stellen eine verpasste Chance für benötigten Wohnraum in der Stadt dar. Usik weist darauf hin, dass die Rückübertragung der Immobilien nur mit der Bereitschaft der Russischen Föderation realisierbar ist – etwas, das zurzeit jedoch fehlt.

Die europäische Perspektive

Die Berliner Abgeordnete hat nicht nur lokal, sondern auch auf EU-Ebene reagiert. Sie kontaktierte den Außenexperten des EU-Parlaments, David McAllister, um herauszufinden, welche Möglichkeiten zur Enteignung der so genannten „Russenhäuser“ auf europäischer Ebene diskutiert werden könnten. Diese

Initiative könnte nicht nur zur Lösung des wohnungsbaupolitischen Problems beitragen, sondern auch eine politische Botschaft in Zeiten sinkender Spannungen senden.

Reaktionen in den russischen Medien

Die Berichterstattung über die Angelegenheit in Russland war jedoch alles andere als neutral. Unter anderem berichtete die Zeitung „Kommersant“, in einer Weise, die die CDU fälschlicherweise als Oppositionspartei darstellt, obwohl sie aktuell Teil der Regierung ist. Ähnliche Verzerrungen finden sich auch in anderen russischen Medien wie „RBK“ und „Regnum“, die den politischen Streit über das Thema unverhältnismäßig stark betonen oder Usiks Forderungen ins Negative umdeuten. Dies führt zu einer verstärkten Verunsicherung und einem kühlen Klima zwischen den beiden Ländern.

Ein Aufruf zur Handlung

Usik hat die Dringlichkeit des Themas klar umrissen: „Die ungenutzten Wohnungen werden weiter verfallen und wichtige Wohnräume unbrauchbar machen“, sagte sie und verdeutlichte, dass die versiegelte Fläche nicht für andere Projekte genutzt werden könne. Ihrer Meinung nach wäre es untragbar, weiterhin in dieser Situation zu verharren. Es sei an der Zeit, gemeinsam Lösungen zu finden, um diese wertvollen Flächen wieder nutzbar zu machen.

Die Frage der Zukunft

Was wird aus den Geisterhäusern in Karlshorst? Diese Frage bleibt im Raum stehen und erfordert sowohl politische als auch gesellschaftliche Antworten. Es liegt in der Verantwortung der Entscheidungsträger, einen planvollen Umgang mit den Ressourcen zu gewährleisten, um solchen Verfall zu verhindern und gleichzeitig die Beziehungen zu Russland auf eine produktivere Ebene zu lenken.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de